

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Wortprotokoll
der 93. Sitzung

**Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung**

Berlin, den 14. März 2025, 09:30 Uhr
sowie am
16. März 2025, 11:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und
CDU/CSU

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Grundgesetzes
(Artikel 109, 115 und 143h)**

BT-Drucksache 20/15096

Federführend:
Haushaltsausschuss

Mitberatend:
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Inneres und Heimat
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union



Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Oliver Kaczmarek [SPD]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Anwesende Mitglieder des Ausschusses 14. März 2025

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rosenthal, Jessica Stüwe, Ruppert	
CDU/CSU	Albani, Stephan Connemann, Gitta Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Krumwiede-Steiner, Dr. Franziska Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael	
Die Linke		Sitte, Dr. Petra
BSW		

Die unterschriebenen Anwesenheitslisten werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauffolgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Anwesende Mitglieder des Ausschusses 16. März 2025

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rabanus, Martin Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Rupper Völlers, Marja-Liisa Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin Wellenreuther, Ingo	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Krumwiede-Steiner, Dr. Franziska Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Grünke, Julian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael Münz, Volker	
Die Linke		Sitte, Dr. Petra
BSW	Al-Dailami, Ali	

Die unterschriebenen Anwesenheitslisten werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauffolgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar



Tagesordnungspunkt 1

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU/CSU

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h)

BT-Drucksache 20/15096

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende **Kai Gehring**: Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie und Euch herzlich zur 93. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag. Überraschenderweise ist das nun die dritte letzte Sitzung in dieser 20. Wahlperiode. Ich fasse es so zusammen: alle guten Dinge sind drei. Ich werde aber, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, heute keine weiteren Abschiedsworte am Ende der Sitzung sagen. Die Sitzung schließt nach aktuellem Kenntnisstand womöglich mit einer Sitzungsunterbrechung. Wir haben gerade in der Obleuterunde zur Kenntnis genommen, dass der federführende Haushaltsausschuss gestern getagt hat und heute tagen wird. Es wurde eine Anhörung zu den Grundgesetzänderungen durchgeführt. Möglicherweise werden im Laufe des Tages oder der nächsten Tage aber noch Änderungsanträge zu den Grundgesetzänderungen vorgelegt. Entweder von einer Fraktion oder von mehreren Fraktionen. Diese sind dann per Votenanfrage durch den Haushaltsausschuss von uns als mitberatendem Ausschuss zu beraten.

Heute beraten wir den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Artikel 109, 115 und 143h des Grundgesetzes. Der Entwurf wurde im federführenden Haushaltsausschuss in einer Anhörung, mitsamt dem schon vorliegenden Änderungsantrag, beraten. Dieser Änderungsantrag muss hier nicht mitberatend behandelt werden, weil es dort um Verteidigungsfragen geht. Die meisten mitberatenden Ausschüsse tagen gerade parallel bzw. haben um 9 Uhr begonnen. Der federführende Haushaltsausschuss bittet darum, dass noch nicht abgestimmt wird und wir nach einer Sitzungsunterbrechung heute Nachmittag,

Samstag oder notfalls Sonntag noch mal zusammenkommen, um die Sitzung fortzusetzen. Die Fragen zur organisatorischen Umsetzung sind in der Obleute-Runde gerade geklärt worden. Wir haben auch, da es sich sowohl was Grundgesetzänderungen als auch finanzielle Auswirkungen angeht, um ein Paket von großer Tragweite geht, beschlossen, dass die Berichterstattenden-Runde fünf Minuten für Fraktionen an Redezeit beinhaltet und für die Gruppen zweieinhalb Minuten. Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Frau Höchst für die AfD-Fraktion.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die AfD-Fraktion möchte vier Rügen zu Protokoll geben. Erstens, wir rügen unter formalen Gesichtspunkten die Einberufung des Ausschusses im Hinblick auf die bereits vor zweieinhalb Wochen erfolgte Wahl eines neuen Parlaments. Wir rügen zweitens die Befassung im Hinblick auf die volkswirtschaftliche und verfassungsrechtliche Tragweite ohne die notwendige Vorbereitungszeit. Drittens rügen wir die Befassung des Ausschusses mit Grundgesetzänderungen oder anderen Inhalten außerhalb laufender Geschäfte des Ausschusses, die nicht unmittelbar eilbedürftig sind. Viertens rügen wir den mehrheitlichen Beschluss der Obleute, Grundgesetzänderungen eventuell ohne Debatte und online abzustimmen. Wir halten dies für unzulässig und der Sache unangemessen. Wir beantragen die Absetzung der Tagesordnungspunkte sämtlicher subsequenten Anträge und Gesetzesanträge, die mit diesem Ansinnen, das Grundgesetz zu ändern, in Verbindung stehen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Die Rügen können wir nur zur Kenntnis nehmen. Ich möchte einmal als Ausschussvorsitzender für das Verfahren festhalten, dass der Vorältestenrat mehrheitlich entschieden hat, dass die konstituierende Sitzung des neuen nächsten Bundestages am 25. März nach Feststellung des amtlichen Endergebnisses erfolgen soll. Das entspricht damit auch der Regelung, dass sich der neue Bundestag spätestens am 30. Tag nach einer Bundestagswahl zu konstituieren hat. Das heißt, dass der Bundestag der 20. Wahlperiode in der Zusammensetzung, wie auch heute hier unser



Ausschuss zusammentritt, jetzt noch zehn Tage im Amt ist. Das nur zur Erläuterung.

Weiterhin ist über den Antrag der AfD abzustimmen. Wer stimmt für den Antrag der AfD, sämtliche Vorlagen heute abzusetzen? Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? Gibt es Enthaltungen? Damit ist bei Zustimmung der AfD und Ablehnung aller Fraktionen, bei Abwesenheit der Gruppe BSW und bei Enthaltung der Gruppe Die Linke, dieser GO-Antrag von der AfD-Fraktion abgelehnt.

Damit komme ich zu der Feststellung, dass wir heute nur einen Tagesordnungspunkt beraten. Es müssen keine Tagesordnungspunkte abgesetzt oder vertagt werden. Wir haben zudem keine Vorlagen, die zu Beginn abgeschlossen werden müssen.

Wir treten jetzt in den Tagesordnungspunkt 1 ein. Wir beginnen mit der Berichterstattenden-Runde zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU/CSU. Ich rufe damit den Berichterstatter der SPD-Fraktion, Oliver Kaczmarek, auf.

Abg. Oliver Kaczmarek (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, wir erleben, dass die Welt sich verändert. Wir erleben eine Welt im Wandel. Es wird Ihnen nicht anders gegangen sein als mir, dass man morgens manchmal aufgestanden ist und erst mal geguckt hat: Was war denn in der Nacht in Washington los? Tatsächlich ist das eine grundlegende, fundamentale Veränderung, die die Zeitenwende beschleunigt. Wir sind Angriffen auf unsere westliche Demokratie ausgesetzt, auch hybriden, konkreten Angriffen. Die NATO sortiert sich neu. Ende Juni gibt es einen Gipfel der NATO, wo wir uns als Deutschland frühzeitig aufstellen müssen und eben auch entsprechende Signale senden müssen. Die bewaffneten Konflikte, die Manipulationen von Wahlen unter anderem in Georgien, sind uns allen geläufig. Das heißt, dass wir jetzt in unsere Sicherheit investieren müssen. Wir müssen in die Streitkräfte, in die Fähigkeiten der Bundeswehr investieren. Das Sondervermögen, das wir in großer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen haben, läuft in absehbarer Zeit aus. Über 80 Prozent der Mittel sind gebunden. Wir müssen Sicherheit auch umfassender verstehen, im Sinne von innerer Sicherheit, Cyber-Abwehr, die Ausstattung der

Dienste, die Schaffung gesellschaftlicher Resilienz. Dies sind wichtige Aspekte für die Stärkung unserer Sicherheit und unserer Verteidigungsfähigkeit. Wir müssen jetzt sofort handeln. Die Dringlichkeit aufgrund der aktuellen Weltlage ist gegeben. Wir brauchen ein dringend benötigtes Signal für die internationale Gemeinschaft, auch an unsere Bündnispartnerinnen und Bündnispartner, dass Deutschland sich dieser Herausforderung stellt und gut aufstellt dafür. Der Bundestag ist handlungsfähig. Er ist im Amt. Er ist verantwortlich dafür, schnell Entscheidungen zu treffen. Mit Blick auf den Antrag, den die AfD-Fraktion eben gestellt hat, möchte ich sagen: Das ist auch der Grund dafür, warum wir alle noch unser volles Gehalt bekommen. Wofür denn sonst, wenn nicht eben auch als Bundestag unsere Verantwortung wahrzunehmen.

Was hat das alles mit der Investition in Infrastrukturen zu tun? Der Bedarf im Alltag ist für die Menschen offensichtlich. Ob es die Kitas, die Schulen oder die Hochschulen sind: Der Sanierungsbedarf ist für alle, die mit offenen Augen durch das Land laufen, greifbar. Die Verbindung von Investitionen in die Infrastruktur mit der Verteidigungsfähigkeit ist zumindest in dem Bereich Verkehrsinvestitionen und im Bereich Digitalisierung offensichtlich. Aber für uns geht es dabei noch um mehr. Warum wollen wir gleichzeitig in die Sicherheit und in die Infrastruktur, folglich in die Qualität unseres Zusammenlebens investieren? Wir dürfen Verteidigung und innere und äußere Sicherheit nicht gegen folgende Aspekte ausspielen: Den sozialen Zusammenhalt unseres Landes, Investitionen in Zukunftstechnologien und Investitionen in Bildungschancen. Wir müssen die Investitionen auch tätigen, um dauerhaft Wohlstand zu erwirtschaften in Deutschland. Das ist die Grundlage dafür, viele andere Dinge zu machen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir den gesellschaftlichen Rückhalt für diese politischen Maßnahmen nur sichern können, wenn wir sowohl in unsere Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit als in die öffentliche Infrastruktur investieren. Die Kombination der beiden Maßnahmen ist entscheidend.

Hätten wir das schon früher machen können? Ja, wir hätten das früher machen können. Wir hätten



das früher machen müssen. Wenn wir vor einem Jahr schon diese Reform gemacht hätten, wofür es im Parlament meiner Meinung nach eine gute Gelegenheit gegeben hat, hätten wir uns viele andere Debatten sparen können. Vielleicht wären wir auch schon einen Schritt weiter bei der Umsetzung. Die SPD hat das immer betont, dass wir konkret in unsere Infrastruktur investieren müssen. Jetzt haben wir einen Pfad, auf dem wir das umsetzen können. Das ist eine Gelegenheit, die wir nutzen sollten.

Wäre das ein Grund, dass wir es vor einem Jahr schon hätten machen können, das jetzt nicht zu machen? Nein, denn ich glaube, wir müssen auf die aktuelle Weltlage antworten. Wir brauchen international sichtbare Zeichen, was unsere Verteidigungsfähigkeit angeht. Wir brauchen nach innen den Zusammenhalt und die Erneuerung unserer Infrastruktur, um Wohlstand für das Land zu erwirtschaften und Chancengleichheit zu schaffen. Insofern wird die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, die weltpolitische Lage, in der wir uns heute befinden, ist eine andere als die, in der wir uns Anfang Januar noch befunden haben. Ich glaube, jeder hat angesichts der Aussagen Donald Trumps und der USA in der letzten Woche verstanden, dass das, worauf wir uns über viele Jahrzehnte verlassen konnten, nämlich das gemeinsame Verteidigungsbündnis, etwas ist, was wir erhalten wollen. Es ist für uns elementar wichtig. Wir können uns aktuell nicht mehr in letzter Konsequenz darauf verlassen. Deshalb müssen wir selbst verteidigungsfähiger werden.

Ich glaube, es war auch die richtige Entscheidung in den Zeiten des Friedens, die Investitionen in andere Bereiche zu lenken, als in eine maximal ausgestattete Bundeswehr. Aber diese Situation hat sich jetzt maßgeblich verändert. Hier geht es, meine Damen und Herren, um die Verteidigung unseres Vaterlandes. Das ist das, worauf es ankommt. Das ist auch nichts, was man über Nacht organisieren kann. Wir reden hier nicht von einem Softwareprodukt, was man schnell ausrollen kann. Wir reden von Produktionsmöglichkeiten für Waffensysteme, die viele, viele Jahre dauern, bis sie errichtet sind. Jahre, die wir nicht haben, wenn es am Ende

wirklich zu einer Offensive aus dem Osten kommen sollte. Damit diese Offensive nicht kommt, müssen wir klar machen, dass in diesem Whatever-It-Takes-Moment die notwendige Verteidigung unseres Landes nicht durch russlandfreundliche Partner in diesem Parlament gestoppt werden kann.

Interessant sind die Initiativen, die man aus der AfD dazu hört. Zur Frage, ob aus der AfD denn tatsächlich jemand bereit wäre, auch nur einen Euro mehr in die Landesverteidigung zu stecken: Ich habe mir die Rede von Alice Weidel gestern noch mal angehört. Sie ist dagegen. Ich will mal ein paar Dinge benennen: Eugen Schmidt, ein Kollege von der AfD, hat den russischen Pass bis 2021 gehabt und im russischen Fernsehen oder Radio erklärt, in Deutschland gäbe es keine Meinungsfreiheit. Der außenpolitische Sprecher ihrer Fraktion hat eine interessante Nebentätigkeit aufgenommen, nämlich gegen Geld. Als Honorarprofessor lehrt er jetzt in Moskau an der Gnessin-Musikhochschule. Sie haben auch an anderen Stellen sehr interessante Verknüpfungen nach Russland.

Der Aufklärungs- und der Konsequenzwille ist in ihrer Partei dazu überhaupt nicht erkennbar. Dass es Leute gibt, die Mist bauen, das gibt es in allen Parteien und Organisationen. Nur in der AfD bleibt sowas in der Regel folgenlos. Wenn es Folgen gibt, dann höchstens für eine begrenzte Zeit. Danach werden auch Leute rehabilitiert, die von sich selber sagen, sie seien das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus. Sollen wir uns auf solche Abgeordneten verlassen, wenn Putin näher rückt? Ich glaube, dass das naiv und risikoreich wäre. Dieses Risiko möchte ich nicht eingehen. Mein Sohn ist 10 Jahre alt. Ich möchte nicht, dass der in irgendeinem Graben liegt und unser Land verteidigen muss, so wie heute in der Ukraine die Situation ist. Das ist für mich persönlich das handlungsleitende Motiv für meine Entscheidung hier. Das überstrahlt viele andere Fragen.

Ich will klar sagen, dass das Thema Infrastruktur natürlich auch wichtig ist. Ich bin Rheinländer, ich komme aus Düsseldorf. Wir haben viele Rheinbrücken in Leverkusen oder Düsseldorf. Wir werden viel Geld für Infrastruktur brauchen. Dafür die Möglichkeiten bereitzustellen, ist sicherlich keine verkehrte Idee. Man kann



sicherlich über Mechanismen und Größen an den Stellen streiten. Aber das, hier etwas getan werden muss, ist glaube ich unstrittig. Ich möchte aber auch betonen: Das alles darf nicht dazu führen, dass wir notwendige Reformen nicht angehen. Das haben wir in den Oppositionszeiten gesagt und das werden wir auch in den Regierungszeiten sagen. Wir müssen gerade in unserem Forschungsökosystem bzw.

Forschungsinfrastruktur Kosten senken und Bürokratie abbauen. Wir haben in der Landschaft von Projektträgern, Forschungsgemeinschaften und BMBF so viele, so kleinteilige Auflagen. Ich traf diese Woche eine Rektorin einer Hochschule, die sagte: Ein Glück, dass wir jetzt eine GmbH haben, um mit Startups zu arbeiten, denn wenn ich die in meine Hochschule so einladen würde, müsste ich bei jedem, der eine Tasse Kaffee trinkt, den Namen daneben schreiben. Wir belasten unsere tollen Forscherinnen und Forschern mit einer ausufernden Bürokratie. Das verhindert vieles, kostet aber auch sehr, sehr viel Geld. Wir müssen auch privates Kapital hebeln. Ich habe immer von den Launchern, von den Quantencomputern gesprochen. Wir haben gezeigt, wie das geht. Wir müssen gerade im Forschungsbereich privates Geld hebeln.

Zuletzt möchte ich betonen, dass wir das Thema Verteidigung und Dual-Use-Güter als eine Chance sehen. Ich möchte dafür sorgen, dass wir hier im Forschungsbereich daran partizipieren. Es gibt eine Menge Hochschulen mit Zivilklauseln. Die werden sich die Frage stellen müssen, ob sie zukünftig auch an solchen Programmen teilhaben wollen. Ganz klar ist: Ohne Technologie und Forschung werden wir uns nicht verteidigungsfähig machen. Das ist für uns hier mit unseren Themen auch eine große Chance. Vielen Dank.

Abg. Prof. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es stimmt, dass der Sanierungsstau im Bildungs- und Wissenschaftssystem gewaltig ist und unsere Innovationskraft und unser Wirtschaftswachstum erheblich ausbremst. Allein für Kitas, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und sonstige Forschungseinrichtungen können wir von einem Investitionsrückstand von

mindestens 200 Milliarden Euro ausgehen. Wir brauchen also dringend ein Investitionspaket für moderne Schulgebäude und Ausstattung. Wir Grüne haben mit dem nationalen Bildungspakt in Höhe von 10 Milliarden Euro jährlich einen konkreten Vorschlag für die Modernisierung der maroden Infrastruktur gemacht. Darüber hinaus braucht es zusätzliche Investitionen in die deutsche Forschungsinfrastruktur, in den Wissenstransfer und in Innovationsakteure wie zum Beispiel die Innovationsinitiative „Zukunft Campus“. Es geht um Investitionen in Bau und Modernisierung von klimagerechten und inklusiven Hörsälen, Laboren, Menschen und Bibliotheken. Dabei gilt es auch, nicht nur in Beton zu investieren, sondern dass Investitionen in Innovationen und in Talente ebenso dringend geboten sind. Es ist also richtig und wichtig, mehr in Bildungseinrichtungen und in gute Forschungsinfrastruktur zu investieren.

Das sagen wir schon seit Jahren und haben dies als Ampel auch umgesetzt. Wir hätten auch gerne noch mehr umgesetzt. Die Union hat sich in der Oppositionsrolle jedoch ziemlich destruktiv verhalten und eher eine sehr überschaubare Staatsverantwortung gezeigt. Ein ernster Kooperationswille zum Wohl des Landes war nicht vorhanden. Es ist schon eine besondere Spezialität, dass genau das alles jetzt wie selbstverständlich von uns erwartet wird. Wir Grünen haben der Union ein faires Angebot für eine gemeinsame Reform der Schuldenbremse gemacht, um dringend nötige Investitionen in Sicherheit, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen. Denn es braucht eine Reform. Aber nicht erst jetzt. Nicht erst seit dem öffentlichen Schauspiel im Oval Office. Trump, der russische Krieg in der Ukraine oder die Rezession sind nicht erst seit der Bundestagswahl Herausforderungen für unser Land. Doch bis zum Wahltag hat Merz all unsere Angebote für eine Reform der Schuldenbremse abgelehnt. Warum wohl? Die einfache und traurige Antwort lautet: Weil Wahlkampf war.

Nachdem Sie die Schuldenbremse im Wahlkampf wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben, glauben Sie nun, dass sich niemand mehr an Ihr Wahlkampf-Credo erinnert, wenn Sie alles mit teuren Wahlgeschenken abgeben. Wir finden dieses Verhalten höchst fragwürdig und mit uns



viele Wählerinnen und Wähler im Land. Denn es lässt sich niemand gern für dumm verkaufen. Ist das vielleicht der Beweis dafür, dass Herr Merz schon jetzt die Bodenhaftung verloren hat? Oder wusste er es nicht besser? War es vorsätzliche Wähler-Täuschung oder Ahnungslosigkeit? Beides macht mir Sorgen. Denn es ist innerhalb kürzester Zeit das zweite Manöver, wo man sich fragen muss, ob das jemand vom Ende her gedacht hat. So etwas passiert, wenn man Parteitaktik und Wahlkampf über die Interessen des Landes und der Menschen stellt. Kann so eine solide und vertrauensvolle Politik in Zukunft aussehen?

Gestern haben wir im Plenum gehört, wie salopp die Union mit dem Wort „zusätzlich“ bezüglich der Versprechen zum Klimaschutz umgeht. Denn ohne das Wort „zusätzlich“ im Gesetzesentwurf machen wir auch keine zusätzlichen Investitionen, sondern schlichtweg zusätzliche 500 Milliarden Schulden. 500 Milliarden Schulden für Wahlgeschenke. Wir stehen nicht zur Verfügung; Spielgeld bereitzustellen, um Wähler-Täuschung und klimaschädliche Subventionen zu finanzieren. Einen Blankoscheck für den großen Tresor gibt es mit uns Grünen auch nicht. Denn mit diesem Sondervermögen wird mitnichten sichergestellt, dass auch nur ein einziger Euro zusätzlich in Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung fließt. Dabei geht es in unserem Ausschuss gerade darum.

Um ein wirkliches Signal für ein zukunftsfähiges Deutschland zu setzen, müsste das Sondervermögen einen Beitrag zur Erhöhung der Quote für Bildung und Forschung auf über 3,5 Prozent des BIPs leisten. Was unsere Bildung, Forschung und Entwicklung jetzt braucht, ist eine zuverlässige, langfristige Finanzierungsquelle für notwendige Investitionen. Das geht nicht durch ständige Aufsetzung von Sondervermögen. Das wissen Sie genauso wie wir. Das geht nur über eine ordentliche Reform der Schuldenbremse. Die Herausforderungen sind enorm und wir nehmen sie ernst. Darum haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht. Denn wir halten es durchaus für nötig, dass wir bezüglich der Sicherheitslage in Europa zu einer gemeinsamen Einigung kommen. Jetzt warten wir mal auf den Änderungsantrag und schauen, wie es weitergeht. Diesem

Gesetzentwurf von Union und SPD können wir so nicht zustimmen. Vielen Dank.

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist uns allen bewusst, dass wir beim Thema Verteidigung mehr tun müssen. Dessen ist sich auch unsere Fraktion bewusst. Da hätte aufgrund der veränderten Situation seit dem 24.02.2022 in der Vergangenheit mehr passieren müssen. Deswegen hat die FDP einen Vorschlag für eine Erweiterung des Sondervermögens für die Bundeswehr und für eine Regelung, dass zwei Prozent des BIP über den Haushalt abgedeckt werden müssen, gemacht. Warum ist das wichtig? Verteidigung ist eine der Kernaufgaben des Staates. Die Sicherheit seiner Bevölkerung muss ein Staat zwingend gewährleisten. Wir lehnen den weitergehenden Vorschlag der Fraktionen CDU/CSU und SPD ab, da hier ein Spiel gespielt wird, das dazu führt, dass man einer zukünftigen Regierung Spielgeld zukommen lässt. Es stellt sich nämlich die Frage: Wie werden in Zukunft Prioritäten gesetzt? Wenn mehr Mittel über Schulden vorhanden sind, dann nimmt der Druck zur Prioritätensetzung eindeutig ab.

Wir haben vor über zehn Jahren die Finanzkrise und die Eurokrise gehabt. Ich bin Volkswirt. Ich kann mich erinnern, dass gerade die Union von anderen Ländern gefordert hat, erst Reformen anzugehen, bevor zusätzliche Schulden aufgenommen werden. Jetzt, wenn man selbst an die Regierung kommt, agiert man anders. Der Kollege Jarzombek hat die Friedensdividende angesprochen. Die Friedensdividende war da, sie wurde aber nicht investiert. Sie wurde für viele soziale Projekte, die vielleicht gar nicht so notwendig und sehr unspezifisch ausgeprägt waren, durchgeführt. Schauen Sie zum Beispiel auf das Thema Mütterrente: Das kommt jetzt wieder. Das ist kein Bekenntnis zum Fortschritt, zur nächsten Generation und zur Zukunft unseres Landes, sondern schlichtweg Staatskonsum. Das ist das, was hier das große Problem darstellt.

Die Schuldenbremse zwingt zur Priorisierung. Warum? Weil Sie, Union und SPD insbesondere, den Beweis bringen, dass Sie nicht bereit sind, Prioritäten zu setzen und dass Sie den Investitions- und den Infrastrukturbegriff so weit ausdehnen werden, dass fast alles, was finanziert werden will, inklusive Wahlgeschenke, möglich



wird. Genau das ist der Punkt. Über den sollten Sie sich bitte klar sein. Man muss sich auch darüber im Klaren sein, dass wir, die Boomer-Generation, von dieser Friedensdividende profitiert haben. Aber jetzt liegt hier ein Antrag vor, der dazu führt, dass die nächste Generation die Last tragen wird. Nämlich die Last dessen, dass man bisher diese Entscheidungen gescheut hat, ohne Prioritäten zu setzen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

Wir haben einen Vorschlag im Hinblick auf die Verteidigungsfähigkeit gemacht. Ich möchte Sie darum bitten, dass sich in Zukunft diejenigen, die noch diesem Gremium angehören, dafür einsetzen, dass wir eine Zukunftsorientierung haben und dass Forschung und Bildung eine Rolle spielen müssen. Es muss, Herr Jarzombek hat es in einer der letzten Sitzungen angesprochen, ein echtes Zero-Base-Budgeting durchgeführt werden. Man muss sich überlegen, was die Kernaufgaben des Staates sind. Welche Aufgaben müssen über Steuern und welche können im Rahmen der Schuldenbremse finanziert werden? Aber die Schuldenbremse über die Verteidigungshaushalte einfach aufzubohren und dass weitere Mittel ohne Probleme für andere Zwecke gestellt werden können, darf nicht sein. Auch wenn es gestern im Parlament von Herrn Klingbeil Versprechungen gab. Da kann ich aufgrund meiner Erfahrung als Volkswirt nur eines sagen: Die Botschaft höre ich wohl, aber mir fehlt der Glaube an die tatsächliche Umsetzung der Versprechungen.

Deswegen beantrage ich hier, dass wir diesen Antrag ablehnen. Ich bin gespannt, welche weiteren Änderungsanträge noch kommen. Was hier im Moment vorgeht zwischen den zwei großen Fraktionen, ist der beste Beleg für die Gültigkeit der Public-Choice-Theorie. Diese besagt, dass Fraktionen gegenseitig ein sogenanntes Logrolling durchführen. Ich tue dir nicht weh, du tust mir nicht weh und das Ganze schieben wir auf die Zukunft, auf die nächste Generation ab. Vielen Dank.

Abg. Nicole Höchst (AfD): Werte Kollegen, machen Sie sich doch mal Folgendes ehrlich: Wir haben in Deutschland gar kein Steuereinnahmeproblem. Wir haben ein Ausgabenproblem. Eine Gemeinschaft, die sich wärmläuft, die nächste Regierung gemeinsam zu bilden und dabei nur auf das weitere Schulden

machen schaut und überhaupt nicht darauf, dass wir sehr viel Geld für Unnötiges, Unsinniges und Schädliches ausgeben, die begeht ein Verbrechen an den zukünftigen Generationen. Ich habe Ihre Argumente sehr wohl gehört, etwa die Eilbedürftigkeit. Ist es Ihnen wirklich ernst mit der Eilbedürftigkeit und einwandfreien demokratischen Abläufen? Sie bewegen sich in einer Grauzone, wenn Sie, Herr Kaczmarek, sagen, wir Abgeordnete kriegen noch Geld, deswegen dürfen wir noch entscheiden. Sie wissen, dass Sie auch noch nach Austritt aus dem Bundestag Geld bekommen und zu sagen haben Sie trotzdem nichts mehr. Das ist das Übergangsgeld. Wenn Sie das wirklich für eilbedürftig gehalten hätten und dem Wählerwillen Genüge tun wollten, dann hätten Sie im Ältestenrat für Mehrheiten sorgen müssen, dass unsere Bundestagspräsidentin Bärbel Bas den neuen Bundestag so schnell wie möglich einberuft. Stattdessen haben Sie sich verständigt und mehrheitlich abgestimmt, den letztmöglichen Termin zu wählen.

Ihnen von der Merz-CDU geht es natürlich allein um bestehende Mehrheiten, denn mit Blick auf die kommenden Mehrheiten steht eine Grundgesetzänderung in dem Hoppla-Hopp-Verfahren in den Sternen. Wir haben das gut angeschaut, was Sie da bewerkstelligt haben. Besonders interessant sind Ihre Ausführungen zur Folgenabschätzung und zu den Folgen, die Sie erwogen haben. Diese sind sehr unausgegoren und ich kann den Damen und Herren da draußen nur empfehlen, sich das mal anzuschauen.

Ich komme nochmal auf dieses fragwürdige Vorgehen zurück und muss Ihnen von der Merz-CDU attestieren, dass die CDU es war, die die Wehrpflicht ausgesetzt hat. CDU-Regierungen waren es, die unsere Verteidigungsfähigkeit den Bach runter haben gehen lassen. Es waren CDU-Regierungen, die durch vergangenes Verhalten dafür gesorgt haben, dass wir als Deutschland, als deutsche Nation nun mit heruntergelassenen Hosen dastehen. Das ist wichtig, das zu erinnern. Denn das lässt Ihr Verhalten noch fragwürdiger erscheinen. Ich kann Ihnen sagen, dass es in der Fläche brodelt. Ich habe mich in den vergangenen Tagen mit vielen zukünftigen Ex-CDU-Wählern unterhalten, die furchtbar sauer sind darüber, dass sie Sie, für Ihre Wahlversprechen, gewählt haben. Die Schuldenbremse hochzuhalten und die



zukünftigen Generationen nicht weiter zu verschulden, war eines dieser Versprechen. Sie setzen sich jetzt feudal darüber hinweg, noch bevor wirklich Koalitionsverhandlungen stattgefunden haben und zeigen so ihren Wählern in der Fläche sehr deutlich, was sie von ihnen erhalten: Nämlich gar nichts. Das ist das Problem, was der Deutsche Bundestag und die deutsche parlamentarische Demokratie hat. Sie verlieren mit diesem Vorgehen das Vertrauen von zig Millionen Wählern da draußen. Sie verlieren mit diesem Vorgehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sie werfen uns vor, zu spalten. Dabei sind Sie es, die das vorantreiben. Sie stellen die Interessen Ihrer Wähler hinten an. Das dürften einige Millionen gewesen sein, denn unsere Wähler waren über zehn Millionen Menschen. Und alle diese Wähler haben nun durch ihr besonderes Demokratieverständnis die Pappnase auf. Wir lehnen das Ansinnen, das Grundgesetz mit der bestehenden, abgewählten Zweidrittelmehrheit zu ändern, aus Überzeugung ab und schicken noch hinterher: Schämen Sie sich. Schämen sie sich bis zum Nordpol und zurück. Wenn dort die Kappen nicht geschmolzen sind, berichten sie davon.

Abg. Dr. Petra Sitte (Die Linke): Im Kern reden wir hier über eine Summe von etwa einer Billion Euro und drei Grundgesetzänderungen. Ich halte es nicht für sachgerecht, dass ich dafür 2,5 Minuten Zeit habe. Da werden auch unsere demokratischen Mitwirkungsrechte eingeschränkt. Wir haben im Kern es damit zu tun, dass wir dem neuen Bundestag vorgreifen, auch deren Mitwirkungsrechte sind mit zu berücksichtigen. Das haben wir auch gestern deutlich gemacht. Wir haben dazu eine Klage eingereicht. Die Repräsentationsrechte auch des neuen Bundestages wären zu berücksichtigen gewesen. Wir haben nicht mal einen Haushalt für das Jahr 2025 und entscheiden über einen Zeitraum zwischen zehn und zwölf Jahren. Damit binden wir nicht nur den nächsten Bundestag, sondern wir binden mehrere Bundestage. Deshalb ist das Vorgehen zu kritisieren und hätte vom neuen Bundestag in nahezu der gleichen Zeit bewerkstelligt werden können.

Diese drei Grundgesetzänderungen haben nicht zwingend etwas miteinander zu tun. Ob man das trennt oder nicht, ist eine andere Frage. Aber es ist

auch angekündigt worden von Seiten der Grünen, dass Sie gerade bei der jetzt diskutierten Vorlage stört, dass diese zu wenig beinhaltet, wie man die Klimaziele erhalten beziehungsweise einhalten kann. Der Antrag bezieht sich aber nur auf den Aufrüstungsteil, den sie jetzt vorgelegt haben. Das lässt tief blicken. Ich halte die Aufrüstungsspirale, der wir jetzt entgegengehen und die nach oben offen ist, für hochproblematisch. Denn wie vor lässt sich immer noch belegen, dass die NATO mehr Aufwendungen für Aufrüstung macht als Russland selbst. Gucken wir uns die Investitionsbedarfe an: Für das Sondervermögen Bahn, 60 Milliarden, für Straßen und Brücken, 177 Milliarden, für den ÖPNV, 28,5 Milliarden, für den Investitionsstau bei Hochschulen mindestens 74 Milliarden, für das KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) Kommunalpanel für Kitas oder Schulen, 55 beziehungsweise 12 Milliarden. Wir haben es bereits in diesen ausgewählten Bereichen mit 406,5 Milliarden zu tun. Das heißt, es wird nicht reichen.

Vom Kooperationsverbot ist bei den Grundgesetzänderungen komischerweise gar nichts zu lesen. Wenn sie sichern wollen, dass das hier alles tatsächlich zusätzlich passiert, dann müssten sie auch gleichzeitig eine Steuerreform ankündigen, die eben auch eine gerechtere Lastenverteilung ermöglicht. Das ist aber nicht der Fall. Insofern bin ich interessiert daran zu erfahren, wie sie sichern wollen, dass die Mittel zusätzlich ausgegeben werden. 2,5 Minuten sind vorbei. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Das BSW fehlt entschuldigt. Damit wäre die Berichterstattenden-Runde abgeschlossen. Sind weitere Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Auch keine Anmeldung aus den Reihen der digital Zugeschalteten. Damit würde ich jetzt gemäß der Anforderung des Haushaltsausschusses und gemäß der Mehrheitsbeschlüsse sowohl der Obleuterunde als auch zu Beginn dieses Ausschusses die Sitzung auf unbestimmte Zeit unterbrechen. Möglicherweise noch unterbrechen wir nur bis heute Nachmittag, notfalls bis Samstag oder Sonntag, je nachdem wann es entsprechende Vorlagen gibt. Das heißt, ich schließe die Sitzung jetzt nicht, sondern ich unterbreche sie, schließe aber auf jeden Fall jetzt die digitale Übertragung und rechne damit, dass wir uns dann in dieser



Zusammensetzung wiedersehen. Vielen Dank und auf Wiedersehen.

Fortsetzung am 16. März 2025 um 11 Uhr

Der **Vorsitzende**: Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer 93. Ausschusssitzung der 20. Wahlperiode am heutigen Sonntag, dem 16. März. Wir setzen die 93. Sitzung, die wir am Freitag begonnen haben, hiermit fort. Besondere Zeiten erfordern besondere Beratungs- und Abstimmungsweisen. Die Ausschusssitzung begann am Freitag und wurde eben bis zu dieser Fortsetzung unterbrochen.

Ich begrüße erst mal alle Kolleginnen und Kollegen, die sich digital zugeschaltet haben. Ich begrüße auch die Parlamentarische Staatssekretärin Claudia Müller, die die Bundesregierung in unserer hybriden Sitzung vertritt. Ich begrüße hier im Ausschusssaal des Paul-Löbe-Hauses die Kolleginnen und Kollegen Thomas Jarzombek, Stephan Seiter und Anja Reinalter. Das Ausschussekretariat ist auch präsent. Wie Freitag mehrheitlich in der Obleute-Runde beschlossen und in der Ausschusssitzung ebenso mehrheitlich bestätigt, werden gleich im Anschluss an die zweite Aussprache zum Sachverhalt der Grundgesetzänderungen und Sondervermögen Beschlüsse von uns als mitberatendem Ausschuss gefasst. Die Sitzung heute besteht daher aus einer Berichterstattenden-Runde der Fraktionen und Gruppen. Danach führen wir Abstimmungen gemäß der Votenanfrage des federführenden Haushaltsausschusses durch. Aussprache haben gewünscht die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD. Deshalb erfolgt die Aussprache unter anderem auch zu dem Änderungsantrag. Vorgeschlagen wurden vom Ausschussekretariat und auch gemäß unserer bisherigen Vorgehensweise eine Redezeit von drei Minuten pro Fraktion und eineinhalb Minuten für die Gruppen. Besteht über diese Redezeit einvernehmen? Es gibt eine Wortmeldung von Petra Sitte und von Stephan Seiter. Ich würde jetzt zunächst Stephan Seiter bitten.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Ich möchte im Namen unserer Fraktion Wortlautprotokoll beantragen und beantragen, dass uns die

Protokolle rechtzeitig vor der zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werden, damit alle Abgeordneten darüber informiert sind, wie in den Ausschüssen der Verlauf war.

Der **Vorsitzende**: Danke für diesen Antrag und dann nehme ich direkt Petra Sitte dran.

Ab. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke): Ich möchte auf zwei Dinge aufmerksam machen. Erstens: Wir haben auch Aussprache für die heutige Sitzung gewünscht. Zweitens möchte ich noch mal darauf aufmerksam machen, dass wir zur letzten Sitzung eine Anhörung beantragt haben. Die Änderungen, die Vorlage, über die wir heute zu befinden haben, bestärken ausdrücklich noch mal dieses Anliegen. Ich weiß, dass das auch hier wieder abgelehnt wird. Ich möchte es aber trotzdem pro forma beantragen, weil es in den Bereichen Bildung, Forschung und in den Bereich, der vom Kanzler - künftigem Kanzler vermutlich – selbst angesprochen worden ist, nämlich der Kernfusion und daher mit in dieses Gesamtpaket hineinspielt.

Der **Vorsitzende**: Ich fasse zusammen, dass es zwei Anträge gibt, über die ich kurz noch Einvernehmen herstelle, beziehungsweise abstimmen lasse. Professor Dr. Stephan Seiter hatte für die FDP-Fraktion beantragt, ein Wortprotokoll vor der zweiten, dritten Sitzung vorliegen zu haben. Ist ein Kollege oder eine Kollegin dagegen oder enthält sich? Das ist nicht der Fall. Dann stellen wir das Wortprotokoll demgemäß sicher.

Dann kommen wir jetzt zum Antrag der Gruppe Die Linke. In der Tat hatten wir im Teil 1 unserer Sitzung bereits darüber abgestimmt, aber wie Frau Sitte richtigerweise sagt, ist eine neue Vorlage dazugekommen. Deshalb lasse ich jetzt abstimmen mit der Fragestellung „Wer ist für die Anhörung zu allen Vorlagen?“ Gibt es Gegenstimmen?

Wie stimmt die SPD hierzu ab? Zustimmung oder Ablehnung oder Enthaltung?

Abg. **Holger Mann** (SPD): Ablehnung.

Der **Vorsitzende**: CDU/CSU-Fraktion?

Abg. **Thomas Jarzombek**: Wir lehnen das auch ab. Auch Ablehnung.

Der **Vorsitzende**: Grüne Fraktion?



Abg. Dr. Anja Reinalter (Bündnis 90/ Die Grünen): Wir lehnen auch ab.

Der Vorsitzende: Auch Ablehnung. FDP-Fraktion?

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Auch Ablehnung.

Der Vorsitzende: Gruppe Die Linke? Zustimmung?

Abg. Dr. Petra Sitte (Die Linke): Zustimmung.

Der Vorsitzende: AfD-Fraktion?

Abg. Nicole Höchst: Zustimmung.

Der Vorsitzende: Gruppe BSW?

Abg. Ali Al-Dailami (BSW): Zustimmung.

Der Vorsitzende: Damit ist bei Zustimmung der Gruppen Linke und BSW und der Fraktion der AfD bei Gegenstimmen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90 Die Grünen und FDP dieser Antrag abgelehnt.

Dann gehen wir jetzt weiter bei den Vorbemerkungen. Bezüglich der Redezeiten können wir so verfahren? Das ist der Fall. Dann haben die die Fraktionen gleich drei Minuten und die Gruppen eineinhalb Minuten Redezeit. Dann möchte ich noch festhalten, dass unsere fortgesetzte Ausschusssondersitzung in Übereinstimmung mit unseren ausschussinternen Vereinbarungen in hybrider Form, also sowohl in Präsenz als auch online stattfindet, sodass auch für die online zugeschalteten Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zur Abstimmung gegeben ist, genau nach dem Modus, wie wir das gerade gemacht haben. Dann würde ich jetzt die Berichterstattenden-Runde aufrufen und erteile Holger Mann für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Holger Mann (SPD): Erstmal danke für das Zusammenkommen am heutigen Sonntag. Sie haben selbst auch über die Medien mitbekommen, dass es in den letzten Tagen eine Einigung über die Grundgesetzänderungen, die vorliegende Änderungsanträge dazu zwischen SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/ die Grünen gegeben hat, die wir als verantwortlich werten und wofür wir auch dankbar sind. Wir haben selbst in der letzten

Legislatur gemeinsam erlitten, wie schwierig es ist, bei begrenzten finanziellen Möglichkeiten mit mehr Herausforderungen zu leben. Ich glaube auch, dass die veränderte weltpolitische Lage es erfordert, dass die Bundesrepublik handlungsfähig ist. Das sehen wir durch den jetzt vorliegenden Änderungsantrag und die damit nächste Woche mögliche Grundgesetzänderung gegeben und werben deshalb um Zustimmung für vorliegende Anträge.

Der Vorsitzende: Dann rufe ich jetzt die CDU/CSU-Fraktion und damit hier im Ausschusssaal den Kollegen Thomas Jarzombek auf.

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte ja schon in der letzten Sitzung gesagt, dass sich die Welt verändert hat, gerade in der letzten Woche, durch das, was wir für unsere Verteidigungsfähigkeit an Herausforderungen sehen. Das hat sich leider nicht geändert und deshalb müssen wir eigenständiger, robuster werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir am Ende auch für die Landesverteidigung, für die Verteidigung unseres Vaterlandes, die Möglichkeit schaffen, uns entsprechend zu finanzieren. Die Frage von Infrastrukturinvestitionen ist der zweite Block, über den wir hier zu reden haben. Ich sage mal: Für unseren Ausschuss ist es wichtig, dass wir die Möglichkeit bekommen, auch in die Forschungsinfrastrukturen zu investieren. Das ist aus unserer Sicht ein ganz erheblicher Punkt und der wird durch das, was in dem Änderungsantrag ist, auch nochmal weiter ausgeführt.

Wir werden jetzt sehen, dass insgesamt 100 Milliarden Euro in den sogenannten Klimatransformationsfonds überwiesen werden, aus dem auch schon eine Reihe von Forschungsvorhaben in der Vergangenheit finanziert worden sind - insbesondere auch Vorhaben im Bereich der Energietechnik, die auch zu Klimaneutralität führen. Das begrüßen wir. Ich will aber auch sehr ausdrücklich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das, was jetzt in das Grundgesetz eingefügt wird, am Ende nicht dazu führt, dass wir einen neuen Grundgesetzzweck für Klimaneutralität 2045 definieren. Das ist eine einfachgesetzliche Regelung, der ich hier auch im Bundestag zugestimmt habe. Aber das ist nach meinem Dafürhalten kein Zweck, der im



Grundgesetz zu verankern ist. Dieser Zweck ist vielmehr für die Errichtung dieses Sondervermögens und nicht darüber hinaus definiert. Das möchte ich hier sehr ausdrücklich klarstellen, damit es am Ende nicht zu Fehlinterpretationen führt.

Dann möchte ich auch nochmal auf den Punkt kommen, den ich hier bereits in der letzten Sitzung ausgeführt habe. Wir dürfen jetzt nicht anfangen, mit zusätzlichen Mitteln, auch allerhand zusätzliche Programme zu machen, ohne erstmal unsere Hausaufgaben zu erledigen. Das, was erforderlich ist, sind Strukturreformen. Wir brauchen wirkliche Strukturreformen, auch im Bereich Bildung und Forschung. Die Forschungslandschaft leidet unter zu vielen kleinteiligen Vorgaben. Vieles von den Mitteln, die wir bereitstellen, werden aufgewendet für Bürokratie, für übertriebene Kontrollen und für Ähnliches. Wir müssten den Forscherinnen und Forschern wieder mehr Freiheit geben, sie mehr am Ergebnis messen statt all dieser kleinteiligen Vorgaben und Dokumentationspflichten. So kann man aus dem bestehenden Budget und aus den zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln deutlich mehr herausholen. Das heißt für mich - um das hier auch nochmal für unsere Fraktion deutlich zu sagen: Die Strukturreformen sind unerlässlich und die müssen ebenfalls neben dem, was wir hier jetzt beschließen, erfolgen.

Der Vorsitzende: Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Kollegin Professor Dr. Anja Reinalter hier im Ausschusssaal.

Abg. Prof. Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben am Freitag ja unsere Sitzung unterbrochen, weil unsere Spitzen noch in der Verhandlung zu den drei Grundgesetzänderungen waren. Die Einigung auf das Finanzpaket zur Verteidigung sowie ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro ist ein wichtiger und richtiger Schritt, den wir jetzt gemeinsam für ein sicheres und souveränes Europa gehen können. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir dem ursprünglichen Vorschlag nicht zugestimmt hätten. Wir haben immer klar gesagt: Wenn wir zusätzliche Kredite im Rahmen der Reform der Schuldenbremse oder eines Sondervermögens zur Verfügung stellen, wollen wir Grüne sicherstellen,

dass das Geld auch tatsächlich in die Zukunft investiert wird - in eine moderne Wirtschaft, in ein Land, das funktioniert und in Klimaschutz.

Jetzt könnten wir verabreden, dass das Kriterium der sogenannten Zusätzlichkeit im Sondervermögen verankert wird. Nur so können wir sicherstellen, dass die 500 Milliarden Euro nicht genutzt werden können, um Steuergeschenke zu finanzieren. Dafür ist das Geld nicht da. Dafür braucht unser Land die Investitionen in die Zukunft gerade viel zu dringend – und wie wir am Freitag schon gefordert haben, nicht nur die Infrastruktur und Beton, sondern auch Investitionen in Bildung und Wissenschaft, in Forschung und Entwicklung, also in Innovation und Talente.

Zum Klimaschutz: Als Grüne verhandeln wir natürlich für mehr Klimaschutz. Es ist echt enttäuschend, dass die zukünftige „KleiKo“ Klimaschutz offenbar als grüne Aufgabe sieht. Wenn die Grünen was zu melden haben, dann kümmern sie sich, dann gibt es was fürs Klima. Wenn nicht, kommt Klimaschutz nicht auf die Agenda. Gut, dass wir vereinbart haben, dass die 100 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds für klimaneutralen Umbau der Industrie, die Wärmewende und wichtige Investitionsprojekte fließen und dass endlich das Ziel Klimaneutralität 2045 explizit im Grundgesetz genannt wird. Das wird allerhöchste Zeit. Es liegt jetzt an der Union und der SPD, das Richtige zu tun. Wir können nur appellieren: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und werden Sie dem Klimaschutz gerecht.

Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den wir uns einigen konnten, ist der erweiterte Sicherheitsbegriff. Denn neben der militärischen Verteidigung umfasst das Paket auch Zivil- und Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit und eine Unterstützung für Staaten, die völkerrechtswidrig angegriffen werden. Jetzt können konkret die 3 Milliarden Euro an die Ukraine fließen und der nächste Schritt steht auch schon fest. Es wird eine Expertenkommision eingesetzt, die bis Ende 2025 Vorschläge für eine Reform der Schuldenbremse erarbeiten wird. Denn eins ist klar: Für die großen Zukunftsaufgaben braucht es mehr finanzielle Spielräume. Das wissen wir. Bei aller Kontroverse und bei allen Unterschieden haben wir es gezeigt: Die Gespräche haben sich



gelohnt. Unseren Gesetzentwurf erklären wir damit als erledigt und wir stimmen dem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag zu.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir jetzt zur FDP-Fraktion mit Kollegen Professor Dr. Stephan Seiter.

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Schwarz-Rot und Grün wollen jetzt im Eiltempo eine weitreichende Verfassungsänderung durchführen. Von dieser wissen wir noch gar nicht, wie letztendlich die Tragweite ist. Die können wir jetzt im Moment noch nicht erfassen. Ich als Volkswirt muss sagen: Ich habe mich 30 Jahre lang mit Wachstum, Innovation, Weiterentwicklung von Volkswirtschaften und institutionellen Regeln befasst. Ich muss Ihnen gestehen: Auch ich sehe mich ehrlich gesagt überfordert, in so kurzer Zeit eine so weitreichende Entscheidung zu treffen. Für mich und für uns zeugt das von einem hochproblematischen Umgang mit unserer Verfassung. Wir missachten hier Standards, die über Jahrzehnte lang gesichert haben, dass wir keine Fehler machen, die wir womöglich später nur schwer, wenn überhaupt, reparieren können. Auf dies wollen wir hier im Ausschuss explizit hinweisen, damit Ihnen – denjenigen, die diesem Antrag zustimmen - dies alles bewusst ist. Die Verwendung der Mittel muss investiv verwendet werden. So wird es von den Fraktionen Schwarz, Rot und Grün angekündigt.

Tatsächlich zeigt aber die Erfahrung, dass der Begriff der Investition sehr weit und gar nicht im Sinne der Volkswirtschaftslehre verstanden wird – dass es nämlich eine Erweiterung des Produktionspotenzials unserer Volkswirtschaft ist. Deswegen ist es äußerst kritisch, dass 500 Milliarden Euro in einen sogenannten Infrastrukturfonds gesetzt werden, dessen Einrichtung plus die Veränderung der Schuldenbremsenregelung zur Freigabe von Verteidigungsausgaben dazu führen wird, dass der Spielraum für die Ausgaben im Kernhaushalt vergrößert wird. Hier ist in keiner Weise klar, ob es da nicht letztendlich wieder zu weiteren Wahlgeschenken und konsumtiven Ausgaben kommt.

Es ist auch anzumerken, dass die Zukunftsorientierung des Haushaltes dringend

notwendig ist. Wir haben immer wieder angemahnt, dass wir eine prinzipielle Überarbeitung des Haushalts in allen Ressorts brauchen, um tatsächlich mit den Steuergeldern, die uns die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes jedes Jahr aufgrund ihrer arbeitenden Wertschöpfung zur Verfügung stellen, auch sinnvoll und zukunftsorientiert umgehen. Deswegen werden wir in unserer Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen können und sind auch noch gespannt, welche weitere Klärung sich an dieser Stelle heute ergibt.

Der Vorsitzende: Danke an die FDP-Fraktion. Wir kommen jetzt zur AfD-Fraktion. Hier ist mir gemeldet, dass Nicole Höchst die Berichterstattung macht.

Abg. Nicole Höchst (AfD): Ich möchte gerne noch einmal darauf hinweisen, dass das Argument der Eile nicht im Mindesten verfängt. Wie wir von unserem Verfassungsgericht gelernt haben, hätten Sie jederzeit eine Sitzung oder die Konstituierung des neuen Bundestages, des 21. Bundestages, erzwingen können. Sie haben das nicht getan. Sie haben das nicht getan, weil Sie dort die nötigen Mehrheiten für diesen schwerwiegenden Eingriff in unser Grundgesetz nicht sicherstellen konnten.

Das ist ein beispielloses Verfahren, was in die Geschichtsbücher als die Grundsteinlegung des Ökofaschismus in Deutschland eingehen wird. Das ist leider nicht übertrieben, denn indem Sie diese Klimaziele bis 2045 in das Grundgesetz hineinschreiben lassen, ordnen Sie den Klimaschutz einigen anderen Dingen über. Genauso wie wir während der Corona-Zeit gesehen haben, war das Infektionsschutzgesetz dort das leitende Gesetz, und alles andere wurde diesem unterworfen. Wir von der AfD-Fraktion halten das für einen gewaltigen Fehler allein in demokratischer Hinsicht. Sie müssen sich das alle anziehen, was Sie hier tun. Das ist so nicht in Ordnung und wird Deutschland in eine Schiene fahren, die der künftige Bundestag und alle künftigen Regierungen bis 2045 schwer zurückholen können.

Darüber hinaus legen Sie die Axt an die deutsche Wirtschaft, für die Deutschland zum Hochrisikostandort wird. Man kann überhaupt noch gar nicht absehen, was Sie hier mit dieser Entscheidung volkswirtschaftlich herbeiführen.



Wir von der AfD-Fraktion werden auf gar keinen Fall zustimmen und alle möglichen und nötigen Wege gehen, um hier Recht und Ordnung in Deutschland aufrecht zu erhalten. Dass Klimaschutzziele im Grundgesetz festgeschrieben werden, ist inakzeptabel.

Der Vorsitzende: Das war die Berichterstattung der AfD-Fraktion. Wir kommen jetzt zu den Gruppen. Zunächst spricht für die Gruppe Die Linke Dr. Petra Sitte.

Abg. Dr. Petra Sitte (Die Linke): Die Ausnahme der Verteidigungsausgaben und nunmehr auch von den Bundesnachrichtendiensten, Systemveränderungen, Zivilschutz, Katastrophenschutz und so weiter, bedeutet am Ende, wenn man das so praktiziert, dass der Druck auf den Kernhaushalt trotzdem wächst - auch mit Blick auf Verteidigungsausgaben.

Das Zweite ist: Das alles nehmen Sie aus von der Schuldenbremse, aber soziale Verwerfung und soziale Änderungen in diesem Land, die sich auch mit diesem Paket ergeben werden, werden nicht von der Schuldenbremse ausgenommen. Wir haben deshalb immer wieder nicht nur eine Reformierung, sondern eigentlich eine Abschaffung der Schuldenbremse verlangt. Das findet jetzt nicht statt beziehungsweise wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, weil der Druck raus ist aus dem Kessel.

Das Dritte, was ich sagen will, ist: Es ist unklar, was eigentlich zu den Investitionen gehören wird. Das hat man gerade auch bei dem Beitrag von der CDU gehört. Ist beispielsweise abschließend geklärt, ob Bildung investiv behandelt wird oder was wird in Zukunft dort zu erwarten sein? Mithin sind die Ausgaben der Länder und Kommunen viel höher. Die Finanzierung der Heizpläne wird riesige Mittel verschlingen, sodass am Ende viel weniger übrigbleiben wird, als jetzt den Ländern und Kommunen suggeriert wird. Nicht umsonst werden schon statt 100 Milliarden 200 Milliarden Euro gefordert.

Insofern haben wir mit dem Gesamtpaket, so wie es jetzt mit seinen Unwägbarkeiten angelegt ist, riesige Probleme, weil vieles bis hin zu der Frage, was eigentlich passiert, wenn die Mittel vor Ablauf von zwölf Jahren ausgeschöpft sind und ähnliches, ungeklärt ist. Welches Finanzvolumen soll denn jetzt noch den Kommunen unter

Umständen ermöglicht werden, wenn es eben schon für die besagten Altschulden beziehungsweise für Heizplanungen etc. erbraucht wird? Deshalb lehnen wir das Paket, auch das geänderte Paket, ab.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir jetzt zur Gruppe BSW mit Ali Al-Dailami.

Abg. Ali Al-Dailami (BSW): Wir schließen uns der Kritik an, was das Verfahren angeht - nämlich den alten Bundestag quasi entscheiden zu lassen. Eine Entscheidung in so einer kurzen Zeit mit einer solchen Tragweite halten wir für völlig verfehlt, wohl wissentlich, dass es Ihnen darum geht, eine Mehrheit zu beschaffen. Wir halten das Ganze, insbesondere was die Infrastrukturinvestition angeht, tatsächlich für eine Mogelpackung. Das, was über zehn Jahre gestreckt wird, ist kaum mehr als das, was man sowieso bisher schon ausgibt. Es wird also vorne und hinten nicht ausreichen, um den Investitionsstau in Bildung, Wohnungsbau, Verkehr etc. auch nur annähernd zu beseitigen.

Hingegen wird der Aufrüstung Tür und Tor geöffnet. Damit geht die Spirale des Wettrüstens unseres Erachtens in eine neue Runde. Das sind letztlich Kriegskredite - nur jetzt mit dem Klimasiegel der Grünen. Sie machen auch keine Anstalten, das Beschaffungswesen zu reformieren. Dort fließen nämlich wirklich jedes Jahr Hunderte bis Milliarden Euro in ein Fass ohne Boden. Wer das Beschaffungswesen nicht reformiert und gleichzeitig so viele Milliarden in die Rüstung investiert, mästet regelrecht die Rüstungsindustrie - und das auf Steuerzahlerkosten.

Zuallerletzt: All das, was Sie hier tun, kann man aus Ihrer Binnenperspektive so machen. Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Vertrauen in unsere Demokratie immer weiter erodiert und Kräfte erstarken, die man dann meint, mit Demos bekämpfen oder klein halten zu können - also eine Strategie, die noch nie funktioniert hat. In diesem Sinne ist dieses ganze Vorgehen aus demokratiepolitischer, finanz- und friedenspolitischer Sicht eine Katastrophe.

Der Vorsitzende: Damit hätten wir die Berichterstattenden-Runde abgeschlossen. Danke, dass das technisch so gut geklappt hat. Mir ist jetzt zur Kenntnis gekommen, dass die FDP-Fraktion das Wort wünscht. Bitte schön, Herr Seiter.



Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Aufgrund der Situation, dass hier weitreichende Verfassungsänderungen vorliegen und beantragt sind und wir feststellen müssen, dass die Klarheiten in dieser Besprechung bzw. Aussprache nicht geklärt sind, beantragen wir Vertragung auf unbestimmte Zeit und wir bitten um Zustimmung.

Der **Vorsitzende**: Das fasse ich als sehr weitreichenden GO-Antrag auf, über den ich abstimmen lasse, aber natürlich auch die Möglichkeit für eine Gegenrede eröffne. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe Kollegen Holger Mann für die SPD-Fraktion.

Abg. **Holger Mann** (SPD): Herr Kollege Seiter, ich verstehe natürlich, dass man jetzt auch aus eigenem Interesse versucht, das Verfahren zu verzögern. Aber wir haben hier die Möglichkeit zu diskutieren und auf die wenigen Fragen, die da gestellt wurden, kann ich auch antworten.

Kollegin Sitte, Sie hatten angeführt, dass der Spielraum im Kernhaushalt durch die Grundgesetzänderungen kleiner würde. Das Gegenteil ist der Fall, gerade durch Hereinnahme des zivilen Katastrophenbevölkerungsschutzes, wie auch der Nachrichtendienste und anderer informationstechnischer Systeme wächst dieser Spielraum.

An den Kollegen vom BSW würde ich kurz sagen: Man kann vieles ändern, auch das Beschaffungswesen der Bundeswehr - das macht man aber ganz bestimmt nicht im Rahmen einer Grundgesetzänderung. Wir haben das nicht ohne Grund auf eine Kernänderung in diesem Antrag und den Änderungsantrag beschränkt, weil man am Grundgesetz nicht beliebig herumändert. Hier geht es um den klaren Fokus, den wir auch bei der Einbringung ausgeführt haben. Daher bitte ich, diesen Antrag auf Vertagung abzulehnen und ins Verfahren zu bringen.

Der **Vorsitzende**: Wir hatten jetzt einen GO-Antrag und die Gegenrede, deshalb würde ich dazu abstimmen. Und danach vermute ich, hat sich Petra Sitte noch gemeldet oder ist das eine alte Hand?

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke): Das ist eine neue Hand, weil ich die Fürrede halten wollte.

Der **Vorsitzende**: Die hat Herr Kollege Seiter schon gehalten.

Abg. Dr. **Petra Sitte** (Die Linke): Nein, der hat den Antrag gestellt.

Der **Vorsitzende**: Ja, und inhaltlich begründet. Also es ist eigentlich so, dass man einen GO-Antrag stellt und inhaltlich begründet, das hat er gemacht. Jetzt haben wir eine Gegenrede gehört, die formal war und inhaltlich begründet wurde. Aber wenn das jetzt eine Mehrheit findet, kann ich noch eine zweite Runde zum GO-Antrag zulassen. Das ist aber völlig unüblich und entlang der körpersprachlichen Zustimmung beziehungsweise Ablehnung belassen wir es bei einmal GO-Antrag und einmal Gegenrede, wie wir das auch immer gemacht haben. Deshalb stimme ich jetzt ab über diesen GO-Antrag. Wer stimmt für die Vertagung aller Vorlagen auf unbestimmte Zeit? Da frage ich jetzt wieder die Fraktionen und Gruppen einzeln ab, damit ein klares Bild besteht. Wie stimmt die SPD-Fraktion ab?

Abg. **Holger Mann** (SPD): Stimmen dagegen.

Der **Vorsitzende**: Gibt es in der SPD-Fraktion davon abweichendes Stimmverhalten? Das ist nicht der Fall. Die SPD lehnt den GO-Antrag also ab. Wie stimmt die CDU/CSU-Fraktion ab?

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Ablehnung.

Der **Vorsitzende**: Gibt es in der Unionsfraktion davon abweichendes Stimmverhalten? Das ist nicht der Fall. Damit lehnt die Unionsfraktion diesen GO-Antrag ab.

Wie stimmt die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen ab?

Abg. **Prof. Dr. Anja Reinalter** (Bündnis 90/ Die Grünen): Wir lehnen auch ab.

Der **Vorsitzende**: Gibt es in der Grünen-Fraktion abweichende Voten? Gibt es in der Grünen-Fraktion abstimmende Voten? Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich natürlich die antragstellende Fraktion der FDP auch noch.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Wir stimmen zu.



Der Vorsitzende: Gibt es in der FDP-Fraktion davon abweichende Voten? Das ist ebenso nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur AfD-Fraktion. Wie stimmt die AfD-Fraktion zum GO-Antrag ab?

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Wir stimmen zu.

Der Vorsitzende: Gibt es in der AfD-Fraktion davon abweichende Voten? Das ist nicht der Fall. Damit liegt Zustimmung der AfD-Fraktion vor.

Dann kommen wir jetzt zu den Gruppen und zunächst zur Gruppe Die Linke. Wie stimmt die Gruppe Die Linke ab?

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke): Wir stimmen zu ohne abweichende Voten.

Der Vorsitzende: Ich frage trotzdem noch mal anwesende Kolleginnen und Kollegen der Gruppe Die Linke. Gibt es in der Gruppe Die Linke abweichende Voten? Das ist nicht der Fall. Es hätte sein können, dass noch ein zweites Mitglied anwesend ist und ich wollte jedem und jeder die Möglichkeit geben.

Dann kommen wir jetzt zu der Gruppe Das BSW. Wie stimmt die Gruppe Das BSW ab?

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Wir stimmen zu.

Der Vorsitzende: Gibt es davon abweichende Voten? Kann es nicht geben. Damit ist klar, dass dieser GO-Antrag bei Zustimmung der Fraktionen von FDP und AfD sowie beiden Gruppen bei Ablehnung von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90 Die Grünen abgelehnt ist. Damit haben wir auch diesen Antrag abgestimmt und können jetzt zur eigentlichen Abstimmung über die beiden Vorlagen kommen.

Ich stelle fest:

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD und den Gruppen Die Linke und BSW die Annahme des Änderungsantrages der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 20(18)286neu.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD und den Gruppen Die Linke und BSW die Annahme des Gesetzentwurfes auf Drucksache 20/15096 in geänderter Fassung.

Schluss der Sitzung 14.03.2025: 10:17 Uhr

Schluss der Sitzung 16.03.2025: 11:38 Uhr

Kai Gehring, MdB

Vorsitzender

Verweis auf das Anlagenkonvolut